

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss MA, Wolfgang Seidl und Veronika Matiasek betreffend „Blackout-Gesamtstrategie“, eingebracht in der Generaldebatte im Rahmen der Debatte zum Doppelbudget 2022/2023 am 29. November 2021 zu Post 1

Österreich ist erst am 9. Jänner 2021 knapp an einem massiven Stromausfall vorbeigeschrammt. Infolge einer Störung im rumänischen Stromnetz ist es zu einem Frequenzeinbruch in ganz Mitteleuropa gekommen, nur durch die Abschaltung von Großverbrauchern im europäischen Stromnetz konnte Schlimmeres verhindert werden. Für die Experten des Bundesheeres keine Überraschung. Schon in der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 wird die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Blackouts innerhalb der nächsten fünf Jahre mit 100 Prozent angegeben. Denn unser Stromnetz sieht heute anders aus als noch vor ein paar Jahren: Statt großer, einzelner Kraftwerke in der Nähe von Großstädten speisen zusätzlich zehntausende Windanlagen und Millionen Solarzellen ständig Strom in ein immer komplexer werdendes Verbundsystem. Entsprechend hoch können Schwankungen ausfallen - bis hin zum gefürchteten „Blackout“, dem großflächigen Stromausfall über einen längeren Zeitraum. Aber auch Sturm, große Schneemengen, terroristische Attacken oder tierische Fehlritte können zu unangenehmen Folgen führen.

Bei der Krisenvorsorge treffen auf Bundesebene mehrere Zuständigkeiten, beispielsweise die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, zusammen. Darum ist eine gesamtstaatliche Koordinierung unabdingbar. Dazu gehören neben EU-weiter Blackout-Prävention und stabiler Stromversorgung auch eine umfassende, alle Gebietskörperschaften und betreffende Institutionen umfassende Krisenplanung. Denn laut einer aktuellen Studie der Universität Wien vertrauen rund zwei Drittel der Bürger darauf, dass der Staat die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhält.

Da der Staat allerdings keine allumfassende Versorgungssicherheit gewähren kann, ist das wesentlichste Element für das Bewältigen eines Blackout-Szenarios die Eigenvorsorge eines jeden Haushalts. Deshalb muss die Sensibilisierung dafür oberste Priorität haben. Jeder Bürger ist dabei gefordert und sollte für zwei Wochen Vorrat für die Selbstversorgung der Familie bzw. der Haushaltsgemeinschaft gelagert haben. Untersuchungen zeigen, dass sich rund ein Drittel der Bevölkerung maximal vier Tage selbst versorgen kann, obwohl es auch über eine Woche dauern kann, bis die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln wieder anläuft. Deshalb ist eine nachhaltige Sensibilisierung durch Werbemaßnahmen notwendig. Neben den Ländern und den Zivilschutzverbänden ist auch der Bund gefordert, zielorientierte Kampagnen sicherzustellen.

Es braucht daher die Erarbeitung einer Blackout-Gesamtstrategie im Zuge einer gesamtstaatlichen Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden, Ausbau von Kasernen zu "Sicherheitsinseln" sowie die Aufnahme von Gemeindeinvestitionen zur Blackout-Vorsorge als förderbare Investitionsprojekte im Kommunalinvestitionsgesetz 2020.

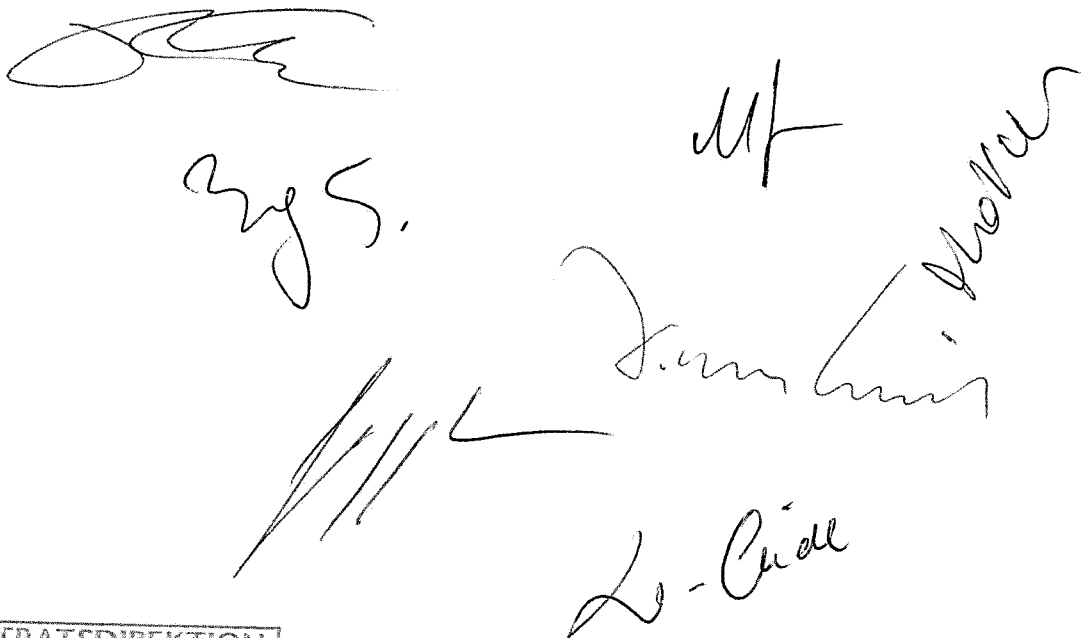
Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat ersucht die Mitglieder der Wiener Stadtregierung, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. trotz zersplitterter Kompetenzen eine gesamtstaatliche Koordinierung von Bund, Ländern und Gemeinden für den Blackout-Krisenfall mit dem Ziel einer Blackout-Gesamtstrategie sichergestellt wird,
2. beim momentan forcierten Umstieg auf erneuerbare Energien (EAG) das Augenmerk auf entsprechende Infrastruktur (Netzausbau, Speicher) sowie auf stabile, wetterunabhängige Versorgung gelegt wird,
3. aus dem gut dotierten Werbebudget der Bundesregierung eine österreichweite Sensibilisierungskampagne für die Blackout-Eigenvorsorge finanziert wird und
4. auf EU-Ebene vorbeugende Maßnahmen koordiniert gesetzt werden, um die Auswirkungen von einem großflächigen Ausfall der Stromversorgung nachhaltig zu verringern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

The image shows several handwritten signatures and initials in black ink. At the top left is a large, stylized signature. Below it is the signature 'S. G. S.'. To the right is the signature 'M. F.'. Below that is a signature that appears to be 'J. ...'. At the bottom right is the signature 'L. ...'. There are also some other scribbles and lines.

MAGIS RATSDIREKTION DER STADT WIEN ABGELEHNT Eing.: 29. NOV. 2021 PAL-1420566-2021-KFP19AT Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat
